

14/2018

ANDREAS LÄMMELS BERLINER RUNDSCHAU

Liebe Leserinnen und Leser,

Zeit der Erneuerung, neuer Schwung. Das war wohl das Motto dieser Woche. Sowohl in Dresden als auch in Berlin wählten sich die CDU-Fraktionen neue Vorsitzende. Das Ergebnis der Neuwahl fiel in Berlin knapp für Ralph Brinkhaus aus, aber Helmut Kohl sagte schon: „Entscheidend ist das, was hinten raus kommt.“ Und auch Konrad Adenauer erreichte eine Mehrheit nur durch seine eigene Stimme. Die Medien versuchten sofort diesen Wahlausgang als Angriff auf die Bundeskanzlerin zu interpretieren. In Wirklichkeit ging es aber darum, die CDU/CSU-Fraktion wieder eine Stimme zu verleihen. Dieser Schritt ist nun getan, die Reaktionen darauf sind durchgehend positiv.

Stichwort Aufbruchsstimmung: Am 3. Oktober jährt sich das Projekt „Deutsche Einheit“ zum 28. Mal. Gefeiert wird nächste Woche überall—besonders natürlich in Berlin. Die Vorbereitungen dafür laufen seit Tagen auf Hochtouren. Gründe zum Feiern gibt es genug. Die Bilanz der Einheit kann sich sehen lassen, der Aufbau Ost ist insgesamt gelungen. Das zeigt der Jahresbericht zur Deutschen Einheit 2018, aber vielmehr noch: Das sehen wir, wenn wir durch die neuen Länder, durch Sachsen und durch unsere Stadt Dresden fahren oder spazieren. Dresden ist heute ein führender Wirtschaftsstandort. Viel Geld wurde seit der Wende in Hochtechnologie und Forschung investiert. Und das hat sich gelohnt. Eine Vielzahl innovativer Unternehmen tummeln sich in Dresden. Und auch im Alltag sehen wir tagtäglich, was wir alles erreicht haben: sanierte Straßen, moderne Busse, Straßenbahnen und Züge, sanierte Wohnungen und Häuserfassaden... Es ließe sich unendlich mehr aufzählen!

Da ist es schon schade, dass die wirtschaftlichen Fortschritte derzeit von gesellschaftlichen Debatten überlagert werden. Bei allem, was auch noch vor uns liegt, haben wir viel mehr Grund zum Stolz als zum Verdruss. Der Osten muss sich nicht verstecken! Deshalb sage ich: Freuen wir uns über das schon Geleistete, die anstehenden Probleme packen wir dann mit mehr Elan an.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen ein schönes Wochenende und einen frohen Tag der Deutschen Einheit.

Ihr

Andreas Lämmels

DIE WOCHEN IM PARLAMENT

Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 104c, 104d, 125c, 143e). Der Gesetzentwurf sieht vor, dass der Bund künftig Investitionen in die kommunale Bildungsinfrastruktur bundesweit fördern darf, d.h. nicht nur für finanzschwache Kommunen. Im Bereich des sozialen Wohnungsbaus ist für den Bund die Möglichkeit vorgesehen, zweckgebundene Finanzhilfen für gesamtstaatlich bedeutsame Investitionen zu gewähren. Überdies ist vorgesehen, die Möglichkeit zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs zu erweitern und Planfeststellung sowie -genehmigung der Bundesfernstraßenverwaltung verfassungsrechtlich abzusichern.

Pflegepersonalstärkungsgesetz (Pflegepersonal-Stärkungsgesetz – PpSG). Der Bundestag beriet in erster Lesung eine Initiative der Bundesregierung zur Stärkung des Pflegepersonals. Für den Krankenhausbereich soll künftig jede zusätzliche und jede aufgestockte Pflegestelle finanziert werden. Gleichzeitig sollen künftige Tarifsteigerungen refinanziert und eine separate Pflegepersonalkostenvergütung eingeführt werden. Ab dem Jahr 2019 steht ein Finanzvolumen von bis zu 4 Milliarden Euro für den Ausbau des Krankenhausstrukturfonds bereit, mit dem wichtige Strukturentscheidungen unterstützt werden können. Darüber hinaus sieht der Gesetzesentwurf die Ausbildungsfinanzierung von Gesundheitsfachberufen in Krankenhäusern vor. Im Bereich der Altenpflege ist die Schaffung 13.000 neuer Stellen vorgesehen.

Drittes Gesetz zur Änderung des Asylgesetzes. Der in erster Lesung beratene Gesetzesentwurf sieht vor, künftig Schutzsuchende zur Mitwirkung in Widerrufs- und Rücknahmeverfahren zu verpflichten. Bisher bestanden diese Pflichten etwa zur Vorlage eines Passes oder Passersatzes sowie die Duldung einer erkennungsdienstlichen Behandlung nur im ursprünglichen Antragsverfahren. Wird diese Mitwirkungspflicht in dem spätestens drei Jahre nach der Flüchtlingsanerkennung durchzuführenden Widerrufsverfahren verletzt, soll das BAMF entweder Verwaltungszwang ausüben oder nach Aktenlage entscheiden können. Das Gesetz trägt dazu bei, Widerrufs- und Rücknahmeverfahren in Asylsachen effektiver zu bearbeiten.



© Deutscher Bundestag / Thomas Trutschel/photothek.net

ERP-Wirtschaftsplangesetz 2019. Das ERP-Sondervermögen bezeichnet ein vom Bund verwaltetes Sondervermögen aus dem European Recovery Program (ERP). Dies wurde 1948 auf der Grundlage des Marshallplans bereitgestellt, um den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft zu fördern. Der Bundestag hat in erster Lesung einen Gesetzentwurf beraten, der 775 Millionen Euro aus dem ERP-Sondervermögen für die im Wirtschaftsplan genannten Förderzwecke bereitstellt. So sollen etwa mittelständische Unternehmen und Angehörige freier Berufe aus dem ERP-Sondervermögen im Rahmen der veranschlagten Mittel zinsgünstige Darlehen und Beteiligungskapital mit einem Volumen von insgesamt rund 7,8 Milliarden Euro erhalten. Durch die Stärkung der mittelständischen Wirtschaft und der Freiberufler durch zinsgünstige Kredite kann das Investitionsvolumen gesteigert werden und so der Wirtschaftsstandort Deutschland weiter ausgebaut werden.

Gesetz zur Beitragsentlastung der Versicherten in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Versichertenentlastungsgesetz – GKV-VEG). In erster Lesung beraten wurde ein Gesetzesentwurf zur paritätischen Finanzierung des bisherigen Zusatzbeitrages in der gesetzlichen Krankenversicherung. Ab dem 1. Januar 2019 wird der Beitrag zur Krankenversicherung damit wieder zu gleichen Teilen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gezahlt. Dadurch müssen Arbeitnehmer monatlich bis zu 38 Euro weniger Beiträge zahlen. Kassenreserven werden abgebaut. Der monatliche Mindestbeitrag zur Kasse für Kleinselbständige wird auf 171 Euro halbiert.

28 JAHRE DEUTSCHE EINHEIT

Wo stehen wir nach rund 28 Jahren Wiedervereinigung? Wie sind die Lebensverhältnisse in Ost und West, was muss weiterhin getan werden? Eine Woche vor dem Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober wurden diese Fragen auch im Parlament wieder heftig diskutiert.

Der **Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit** bestätigt, dass Ost- und Westdeutschland weiterhin gut zusammenwachsen. So hat sich die **Wirtschaftsleistung Ostdeutschlands seit der Wiedervereinigung mehr als verdoppelt**. Im Jahr 2017 stieg das Bruttoinlandsprodukt in



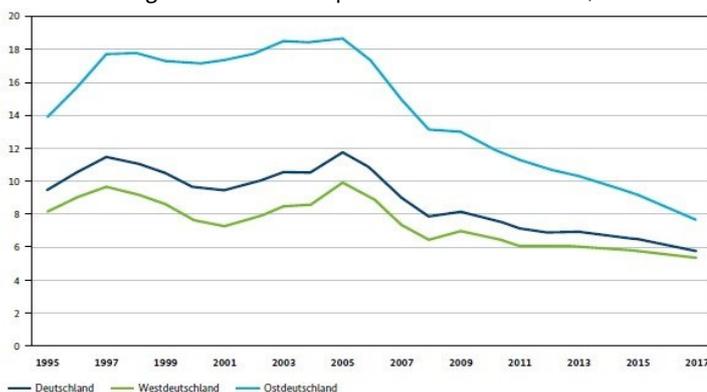
den neuen Bundesländern um 1,9 Prozent. Im Vergleich der europäischen Regionen verfügen die ostdeutschen Länder heute über eine Wirtschaftskraft, die der in vielen französischen oder britischen Regionen gleicht.

Dafür haben auch das Programm „F&E-Förderung gemeinnütziger externer Industrieforschungseinrichtungen in Ostdeutschland – Innovationskompetenz Ost (**INNO-KOM-Ost**)“ sowie das „Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand“ (**ZIM**) beigetragen. Mit letzterem fördert die Bundesregierung seit Juli 2008 anspruchsvolle technologische Forschungs- und Entwicklungsprojekte von mittelständischen Unternehmen, die zu neuen Produkten, Verfahren oder technischen Dienstleistungen führen. Insbesondere für die wirtschaftliche Entwicklung der ostdeutschen Länder leistet das ZIM einen wichtigen Beitrag, weil die **ostdeutschen Länder mit einem Anteil von etwa 40 Prozent überproportional an der Förderung partizipieren**.

Und nicht zuletzt ist ein großer Erfolg, dass die Beschäftigung stark zunimmt. Inzwischen ist die **Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland auf den Stand von 6,8 Prozent gesunken, nach 18,7 Prozent im Jahr 2005**. Beim Anteil befristeter Beschäftigter steht vor allem Sachsen gut da und liegt mit 6,2 Prozent klar unter dem

Bundesdurchschnitt von 8,3 Prozent. Die **Tariflöhne liegen bei 98 Prozent des Westniveaus**. Und mit der Regelung zur **Rentenangleichung** wurde in der letzten Legislaturperiode ein offener Punkt bereinigt, der vielen Menschen in Ostdeutschland ganz besonders wichtig war.

Entwicklung der Arbeitslosenquoten von 1995 bis 2017, in Prozent



Quelle: Bericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2018

nun darum gehen, die **Rahmenbedingungen für den Mittelstand zu verbessern**, denn dort entstehen die Grundlagen für weiteres Wachstum. Und weil die Privatwirtschaft den hohen Aufwand für Forschung nicht in dem Maße leisten kann, benötigt vor allem die ostdeutsche Forschungslandschaft Mittel von Bund und Ländern. Daneben gilt es die die **Investitions- und Innovationsaktivitäten der Firmen zu stärken**, u.a. durch eine längst überfällige steuerliche Forschungsförderung, eine leistungs- und wettbewerbsfähige analoge und digitale Infrastruktur und weniger Regulierung und Bürokratie.

Es bleibt festzuhalten: Die Menschen in Deutschland haben seit dem Mauerfall und dem 3. Oktober 1990 viel erreicht. Mit einer großen nationalen Anstrengung wurden Städte vor dem Zerfall gerettet, Umweltprobleme in den Griff bekommen und eine moderne Infrastruktur geschaffen. **Bei allem, was auch noch vor uns liegt, haben wir allen Grund stolz zu sein.**

BEGEGNUNGEN



Unter dem **Motto "Fachkräfte in Sachsen gewinnen und halten"** kam ich beim **Unternehmerfrühstück der Allianz** mit Unternehmern und Unternehmerinnen ins Gespräch. Dabei waren die Themengebiete Einwanderung und deren Folgen von ebenso großem Interesse wie Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen, die von Berlin aus vorangetrieben werden sollen. Zudem bewegt viele Unternehmer das Thema Digitalisierung und die zukünftigen Auswirkungen in unserer Arbeitswelt. Viele wichtige Themen, die die Politik aktuell beschäftigen und wo sich die Zukunftsfähigkeit auch unserer sächsischen Wirtschaft entscheiden wird.



Beim **ZUSE-TAG REGIONAL** wurde deutlich, welchen zentralen Beitrag die privatwirtschaftlich organisierten Forschungsinstitute für den Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse in Mittelstand und Industrie liefern. Das **Institut für Luft- und Kältetechnik (ILK Dresden)** war einer der vier Standorte in Sachsen an denen sich die ZUSE Institute

praxisnah präsentierten. Im Gespräch mit dem Geschäftsführer des ILK Dresden Dr. Ralf Herzog ging ich auf die Rahmenbedingungen privatwirtschaftlich organisierter Forschung für den Mittelstand ein. Die Förderung und Finanzierung von Forschungsinnovationen muss aber noch erleichtert werden.



Beim **10. Runden Tisch „Afrikas Wirtschaft im Fokus“** drehte sich alles um die **Berufsbildung in Afrika**. Im Fokus der Diskussion stand die Frage, wie die Programme und Ansätze der Bundesregierung zur Berufsbildung noch stärker priorisiert und gemeinsam mit der Wirtschaft in ein strategisches Gesamtkonzept überführt werden können. Denn berufliche Bildung führt zielsicher zu den vom Arbeitsmarkt benötigten Fachkräften, wenn sie nicht nur vom Staat verantwortet, sondern von der Wirtschaft wesentlich getragen wird und wenn sie vor allem in Unternehmen selbst stattfindet. Hier gibt es bereits gute Initiativen der Wirtschaft, die Unterstützung seitens des BMZ verdienen.

TERMINE

8.10.2018, Dresden

Bericht aus Berlin im OV Süden

10.10.2018, Berlin

Fraktionskongress Welthandel

11.10.2018, Lausitz

Revierfahrt der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung in die Lausitz

Impressum: Andreas Lämmel - Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel. 030 22770200 / Wahlkreisbüro, An der Kreuzkirche 6, 01067 Dresden, Tel. 0351 8025943

Bestellung per E-Mail: newsletter@andreas-laemmel.de / www.andreas-laemmel.de / www.facebook.com/laemmelmdb